

Die Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erste Seite am Morgen Montag nachmittags. Die Tages-Beilage des Blattes besteht in Stadt und Land 120.000 Mark, durch die Zahl der freien Zustellung monatlich Mark 115.000, in den Feiertagsblättern abgesehen auf 115.000 monatlich. Die abendpostale Ausgabe-Halbescheide-Zeile kostet im Einzelverkauf Mark 8.00, im monatlichen Verkauf Mark 10.00, Postämtern die 1000-Mark-Zeile Mark 25.00 im Einzelverkauf und Mark 40.00 im monatlichen Verkauf. Feiertags-Beilage: zehn bis vierzigmal.

Blutige Kommunisten-Krawalle in Berlin.

Bisher 50 Verhaftungen / 500 000 Mark Belohnung für Ermittlung der Anführer / Entschloffener Wille der Behörden / Riefige Steigerung der Erträge aus der Reichseinkommensteuer.

Z Tote, 26 Schwerverletzte!

Berlin, 16. Oktober. Eine Verhaftung nach dem „Bundes für Freiheit und Ordnung“, die nach dem Zirkus Busch einbrachen war, gab den Kommunisten Anlaß zu späteren Ausschreitungen. In mehreren Kottagen, jede etwa 500 Mann stark, brangen sie schon in der Frühe gegen das Zirkusgebäude vor und zündeten das Lokal mit Gewalt zu beleben. Der Selbstschutz, den man im Zirkusgebäude eingerichtet hatte, und die Polizei luden die Anführern zurückzutreten, die mit Schlägern, Gummiknüppeln und schweren Stöcken angriffen. Ueber eine Stunde wogte der Kampf. Zwei Personen wurden dabei getötet, darunter ein Unterwachmeister der Schutzpolizei und 26 Personen schwer verwundet. Es sind eine Reihe Verhaftungen vorgenommen. Die Verhaftung selbst, in der deutschnationale Redner gegen die Erfüllungspolitik eintraten, konnte schließlich ohne weitere Störung stattfinden, doch ereignete sich beim Abrücken der Verhaftungsbedienten neue Zusammenstöße in den Straßen, da der kommunistische Pöbel weitere Überfälle unternahm. Auch hier gab es wieder Verwundete.

Ueber den Vorgang der blutigen Vorgänge erfahren wir folgende Einzelheiten: Mit Mitternacht auf die Drobungen, die von besonders rabulischer Seite schon am Freitag und Sonnabend laut geworden waren, hatte der „Bund für Freiheit und Ordnung“ am gestrigen Sonntag bereits in aller Frühe für den 200 Mann starken Schutz der Zirkusgebäude einen Plan entworfen. Gegen 6 Uhr rüdten von verschiedenen Seiten her 5000 Mann kommunistischer Heran, deren jeder mehrere hunderte Mann stark war und die mit Gewalt in den Zirkus einströmen verließen. Als ihnen der Saalhaus entgegenkam, kam es zu den blutigen einseitigen Zusammenstößen und schließlich, wie aus Kommando, begann ein Sturm sowohl auf den Haupteingang wie auf die hinteren Eingänge an der Wasserseite. Die kommunistischen Anführer waren zum Teil mit Gummiknüppeln und Schlägern, ferner mit Stöcken und Faustketten bewaffnet, mit denen sie auf die Verteidiger und auf die sechs Polizeibeamten einbrachen. Inzwischen wurden als Waffenschloß verwendet. Vor dem Zirkusgebäude hatten sich schon vorher einige Mann auf der Straße und vor dem Bahnhof Borsig kam es zu einem feinführligen jähren Ringen und Kämpfen. Die sechs Beamten waren im Handumdrehen entworfen. Einem Wachmeister wurde mit seinem eigenen Seitengewehr ein tödliches Verwundung zugefügt, einem anderen Kommandanten wurde der Schädel durch einen Stein des Selbstschutzes, die von der Walle der übrigen getrennt worden waren, wurden von den Kommunisten auf die Straße geschleift, durch Schläge und Stöße fürchterlich quergestellt, dann auseinander und ihnen die Sachen vom Leibe gerissen. Uhren, Brillen und Portemonnaies und sonstige Gegenstände wurden ihnen geraubt. Die Kommunisten bezerrten die Waggons und die nach Promenade und festen den gesamten Straßenverkehr in beiden Richtungen lahm. Die nimmer abzählenden 30 Schutzpolizisten konnten die nach Drobungen zählende Menge natürlich nicht zurückdrängen; sie wurden vielmehr selbst in den Kampf verwickelt. Die vom Kommando der Truppen angeordneten Rabulieren mit vier Hilfswachen wurden überfallen und ihre Wäcker beraubt. Um 9 Uhr, nachdem beide Parteien fast eine Stunde lang um das Zirkusgebäude gerungen hatten, rüdten schließlich auf mehreren Lokomotiven starke Polizeibattalione heran, denen es nach einiger Zeit gelang, die Kommunisten von dem Zirkusgebäude abzurufen und die Umgebung des Bahnhofes Borsig zu räumen. Die Verhaftung selbst erlitt dann keine Störung. Die Kommunisten, die in den Reihenströmen von der Polizei zurückgedrängt wurden, begnügten sich mit dem Gang revolutionärer Lieder. Nach Schluß der Kundgebung erfolgte der Wäcker der mehreren tausend Teilnehmer auf Anraten der Polizei in geschlossener Kolonne. Der Eiferheit halber gingen die Frauen in der Vorkolonnen des Bundes. Starke Gruppen des Selbstschutzes trüfften und beschloßen den Zug, der sich nach dem Zirkus und von dort nach den Linden und der Dorotheenstraße bewegte. Hierbei kam es infolge der Unwissenheit der Polizei nicht zu Zusammenstößen, doch gab es in der Umgebung der Unterstadt eine Reihe Zusammenstöße. Kommunistische Truppen fielen in der Dorotheenstraße über die Teilnehmer an der Kundgebung her. Es kam zu erneuter Prügeleien, die dann auch unter den Linden ihre Fortsetzung fanden. Die Kommunisten griffen hier auch völlig harmlose Straßenpassanten tödlich an und verletzten mehrere von ihnen mehr oder minder schwer. Ein Herz, der sich vor den Anführern der Kommunisten in eine Straße schloß, die in mehreren Straßenwachen herbeikam, spreitzte dann den Platz vor der Unterstadt ab.

500 000 Mark Belohnung.

Berlin, 16. Oktober. Der Polizeipräsident hat eine Belohnung von 500 000 Mark für diejenigen ausgesetzt, die sichere Angaben über die Anführer der kommunistischen Aktion und die Beteiligten an den Gewalttaten, insbesondere an den beiden Totfällen, machen können. Die Polizei ist entschlossen, die Belohnungsfrist gegen kommunistische Vergewaltigungsversuche, unter denen

bereits sämtliche Parteien gestanden haben, mit allen Mitteln zu schützen.

Die Störung der nach dem Zirkus Busch einbrechenden Verhaftung war am Freitag in der Funktionärsversammlung der R. P. D. ausdrücklich beschloffen worden. Bisher sind 50 Verhaftungen vorgenommen worden. Zahlreiche Zusammenstöße fanden statt.

Weth über die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reichsausschuß der Zentrumspartei beantragten das Hauptinteresse eine mehr als schließliche Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning, der einen Überfall über die Politik der letzten Wochen gab und so dann auf die Bedeutung der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl hinwies. Er stellte als Hauptforderung auf, daß das deutsche Volk sich bei der kommenden Wahl nicht in parteipolitische Kämpfe verwickeln dürfe, sondern daß nach Möglichkeit die Einheit gewahrt werde.

Die Einnahme der Reichseinkommensteuer von 1922.

Dem Vornehmen nach schätzt man jetzt im Reichsfinanzministerium den Ertrag der diesjährigen Reichseinkommensteuer auf rund 66 Milliarden Mark, während man bei der Etatsaufstellung nur mit etwa 12 Milliarden Mark gerechnet hatte. Diese große Mehrernte, die mehr als eine Verhelfung bedeutet, ist natürlich nur auf die durch die Geldentwertung erfolgten Mehrerträge und die damit automatisch steigenden über 3000 Millionen zurückzuführen, denn aber auch darauf, daß jetzt die Finanzämter mit der Veranlagung soweit nachgeholfen sind, daß jetzt auch die Steuern aus dieser Quelle regelmäßig fließen. Außerdem ist jetzt auch die Einnahmen aus der Umsatzsteuer gestiegen.

Lloyd George über die politische Lage.

London, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Lloyd George führte bei seinem Besuch in Manchester über den nahen Osten aus: Die Regierung habe den einzig richtigen Weg zum Frieden gemahnt und ihn erreicht. „Das verdanken wir in weitem Maße dem Zeit, der Anteilhaft und der Entschlossenheit.“ Die Charles Harrington und anderen meinten dagegen, ein soziales Problem, aber — und das ist keine Verhelfung für sie — es wäre unmöglich gewesen, wenn wir nicht jetzt ein einheitliches Unterstützung für Harrington enthielten, die auf das orientalische Gemüt Eindeutigkeit machte. Die Regierung habe ein dreifaches Ziel: 1. Die Freiheit der Meinungen für den Handel aller Nationen zu sichern, 2. zu verhindern, daß der Krieg auf Europa übertritt, 3. zu verhindern, daß in Konstantinopel und Griechenland sich die Gefahren unerträglichen Grauens wiederholen, die in den letzten 6 bis 7 Jahren in Kleinasien vor sich gingen. Wir werden von unseren Armeen und Marinekräften darin bestehen, daß wir die Freiheit der Meinungen für irischen Handel nicht lassen können, wenn wir nicht die Wehr bereit stellen. Die Türken gingen gegen uns vor, die Franzosen gegen sich selbst und die Italiener folgten ihnen dicht auf. Nehmen wir an, wir wären den Franzosen schuldhaft gelöst. Die Kommissen wären dann in Libanon gewesen, das hätte, was sich dann ereignet hätte, wäre das Überleben der Meinungen gewesen. Sollte jemand die Türken aus der Stellung nach Osten bezreiben können, wenn sie nicht vor der Konferenz nachgeholfen hätte? Natürlich nicht. Noch etwas hätte sich im Soporos ereignet. Die Türken wären in Konstantinopel gewesen. Was sich dort hätte ereignet können, wenn wir ihnen eine Kamme den Entschloffen gelassen hätten, ist zu sprechen, um es sich vorzustellen. Es hat sehr wenig Sinn, ein einheitliches Kampfer zu blaffen, und das ist der Türke, es er auch leicht zu merken. Man kann, wenn man will, sagen, wir drohen. Es ist immer ein Fehler, zu drohen, wenn man es nicht so meint, und weil wir nicht nur drohen, sondern es auch so meinen und der Türke das nicht haben wir sehr Frieden.“ Dann sprach er über die Kritik der liberalen Führer. „Wenig kann ich hier. Ich werde jede Gelegenheit unternehmen, die sich solchen Maßnahmen widmet, die dem Lande nicht dauernden Schaden bringen, ob sie nun reaktionär oder revolutionär sind. Die Zukunft ist verdammt, und es gibt Schwierigkeiten für jeden auf dem Wege, aber die Lage unseres Landes und der Welt ist zu ernst, als daß jemand in einer Partei persönliche Meinungen veräußern dürfte. Ich habe die nationale Sicherheit über die Interessen jeder Partei. Ich werde mich stets mit Gola erinnern, daß die Hilfe anderer Kollegen mir in dunklen Stunden ermöglicht hat, meinem Lande zu helfen.“ Lauter und wiederholter Befehl dante ihm.

Das Ende des englischen Koalitionskabinetts.

Paris, 16. Okt. (Eig. Drahtmeldung.) Der Herzog von Nord-Cumberland befristet einen Brief, in dem er erklärt, daß die Rede Chamberlains das Ende des Koalitionskabinetts unumwiderrlich mache, zumal da Chamberlain den Ministerialrat der Regierungspolitik im nahen Osten keineswegs aufgeführt habe.

Heutiger Stand des Dollars 2960!

Die heutige Markierung des Dollars beträgt 2960 Mark.

Das neue Moratorium.

Die Finanzkommission war so gnädig, das Wohlwollen der Reparationskommission für die neue deutsche Dienstverordnung auszusprechen. Man zeigt also Anteilnahme an den verschiedenen Bemühungen der deutschen Regierung, die Markvaluta zu retten. Natürlich empfindet diese Anteilnahme nicht ungenügendes Beweglichkeit. Man erwartet vielmehr eine Förderung des Wiedergutmachungsproblems. Daß man auf Seiten der Entente keine weitere Schritte mit, bewirkt die Entbringung des englischen Zankes, der sich in der Lage hat, auf vierzig Schillingmänteln hat. Sir John Bradburn, der britische Vertreter in der Reparationskommission, einen Plan entworfen, der, wie er erklärt, zwischen ihm und Barthou, dem neuen französischen Vorsitzenden der Kommission, vorläufig Geheimnis bleiben soll. Aber da so wohl eine französische Ministerkonferenz als auch die Reparationskommission selbst sich bereits eingehend mit dem Bradburnschen Plane befaßt habe, ist schon soviel darüber in die Öffentlichkeit gedrungen, daß man sich ein Bild machen kann. Es handelt sich um ein fünfjähriges Moratorium für die deutsche Wiedergutmachung, das man aber ebenso wie das jetzt laufende Moratorium nicht so nennen darf, weil es einen beschränkteren Ausschlag darstellt. Die englische Regierung würde jedoch ebenfalls, daß Deutschland für fünf Jahre von allen Zahlungen befreit wurde. An Stelle der Zinsen oder Rückzahlungen sollen Schatzscheine mit fünfjähriger Laufzeit ausgegeben werden.

Die Gegenleistung: Eine außerordentlich strenge Finanzkontrolle in Berlin durch den Leiter des Reparationskommission, das sogenannte Garantiekomitee. Dieses soll ein unbegrenztes Veto recht gegenüber allen Ausgaben des Reiches erhalten. Damit wäre die Selbstständigkeit der deutschen Finanzverwaltung und überhaupt die Finanzpolitik der Reichsregierung aufgehoben. Keine noch so dringende Maßnahme, wie z. B. die Erhöhung der Beamtengehälter, Aufwendungen für kulturelle und sozialpolitische Zwecke wären möglich ohne Erlaubnis der Alliierten. Und das besonders Frankreich, das in der Reparationskommission und im Garantiekomitee nach wie vor den Ton angibt, für die inneren Ausgaben Deutschlands kein Verständnis zeigen wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen wohl anzunehmen. Britische Kolonien haben eine viel weitreichendere finanzielle Selbstständigkeit, als es das Deutsche Reich bei dieser Neuordnung haben würde. Deutschland käme praktisch unter französische Verwaltung, und es wäre ein schlechter Trost, wenn man etwa in dem „wirtschaftlichen Zusammengehören“ deutscher und französischer Industriegruppen einen Ausweg sucht. Frankreich würde das Schicksal seines Einflusses doch immer wieder auf die politische Seite legen, und die politische Wärdigkeit der heutigen und vielleicht auch der nächsten französischen Regierung ist und bleibt die Unterordnung und Beschränkung Deutschlands. Frankreich arbeitet nicht auf dieses Ziel hin, aber es erfindet unermüdet die Ausflüchte darauf, um die englische Forderung einer wesentlichen Zahlungsbeschränkung für Deutschland dem bisher unerfülllichen französischen Gefühl näher zu bringen.

Bradburn tut aber noch ein Äbriges. Die Zahlungsbeschränkung der Deutschland mit fünfjähriger Laufzeit ausgegeben hätte, soll jede der alliierten Regierung für ihre eigene Rechnung und unter eigener Garantie zu Geld machen können. Die gemeinsame Garantie der Verbündeten soll also aufhören! Somit geht der Vorschlag einer Aufhebung der Solidarität in der Reparationsfrage von England aus, während bisher lediglich Frankreich es gewesen war, das in Konfliktfällen mit der Maßnahme seiner Handlungsfreiheit drohte. Man wird wohl kaum behaupten können, daß diese Wendung zugunsten Deutschlands ausfallen würde. Denn wenn England künftig das Recht für sich in Anspruch nehmen wird, selbstständig gegen Deutschland vorzugehen, wird Frankreich sich erst recht von dem letzten Sab und Gut des „betraglichen Vorkontes“, wie Deutschland jetzt so liebenswürdig von der Pariser Presse angepöbeln wird, schuldig halten. Bradburns Plan wird also, wie es scheint, von der französischen Regierung nicht abgelehnt, sondern abertrumpft. Barthou, der das „Geheimnis“ der englischen Vorschläge nicht länger wahren kann, hat den Vertretern der französischen Zeitungen versprochen, daß er noch in dieser Woche mit einem Gegenvorschlag antworten und einen ausführlichen französischen Plan der Reparationskommission unterbreiten wird. Barthou wird voraussichtlich die Rollen aus dem Bradburnschen Kuchens haben und dazu noch auf das alte Reimereiche Projekt der „produktiven Pfänder“ zurückkommen. Man wäre dann genau so weit, wie vor dem letzten deutschen Moratoriumsbeginn und das Ausflüchten auf die Bräufel der Finanzkonferenz werden sehr trübe.

Blutige Zusammenstöße bei den Sowjetmännern. Die Sowjetmännern in den Nordprovinzen sind durch blutige Zusammenstöße getrennt. In Moskau fand ein reger Schloß zwischen Kommunisten und Parteien mit Kowlova und Wajzen statt. In Omsk wurde der Vorsteher der örtlichen Sowjet getötet, als er aus einer Arbeiterversammlung kam.

